

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungen	XX
Literaturverzeichnis	XXI
Teil 1 Einführung und Allgemeines	1
§ 1 Was ist Zivilprozessrecht?	1
§ 2 Der Ablauf eines Zivilprozesses im Überblick	2
I. Klageerhebung	2
II. Mündliche Verhandlung und Beweisaufnahme	2
III. Urteil	3
IV. Rechtsmittel und Rechtskraft	3
V. Ausblick in die Zwangsvollstreckung	3
§ 3 Systematik und Rechtsquellen des Zivilprozessrechts	4
I. Aufbau der ZPO	4
II. Sonstige Rechtsquellen des Zivilprozessrechts	4
§ 4 Der Zweck des Zivilprozesses	5
§ 5 Die Geschichte der ZPO	6
I. Entwicklungsströmungen hin zur ZPO	7
II. Entwicklung der ZPO seit ihrem Inkrafttreten	7
§ 6 Die Verfahrensgrundsätze	10
I. Die Dispositionsmaxime	11
1. Herrschaft der Parteien über den Beginn des Verfahrens ..	12
2. Herrschaft der Parteien über den Gegenstand des Verfahrens ..	12
3. Herrschaft der Parteien über das Ende des Verfahrens ..	13
a) Beendigung durch den Kläger	13
b) Beendigung durch den Beklagten	13
c) Beendigung durch beide Parteien	13
d) Beendigung in der Rechtsmittelinstanz	13
II. Der Verhandlungsgrundsatz	14
1. Grund und Inhalt des Verhandlungsgrundsatzes	14
2. Verhältnis zur Dispositionsmaxime	14

3.	Begriff der Tatsache	15
4.	Ausprägungen und Grenzen des Beibringungsgrundsatzes	15
5.	Schritte der Tatsachenermittlung im Zivilprozess auf der Grundlage des Beibringungsgrundsatzes	16
	a) Schlüssigkeit	16
	b) Erheblichkeit	17
	c) Beweiserhebung	18
III.	Der Grundsatz der Mündlichkeit	18
IV.	Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	19
V.	Der Grundsatz der Öffentlichkeit	20
VI.	Die Konzentrationsmaxime	21
	1. Prozessförderung durch das Gericht	22
	2. Prozessförderung durch die Parteien	22
VII.	Die freie richterliche Beweiswürdigung	23
VIII.	Die Verfahrensgrundrechte	24
	1. Rechtliches Gehör	24
	a) Grundrecht und Verankerung im einfachen Recht	25
	b) Mögliche Gehörsverletzungen	25
	c) Rechtsbehelfe gegen Gehörsverletzungen	26
	2. Gesetzlicher Richter	26
	3. Justizgewährung	27
	4. Faires Verfahren	27
	5. Prozessuale Waffengleichheit	28
§ 7	Die Beteiligten am Zivilprozess	29
I.	Das Gericht	30
	1. Der Richter	30
	a) Richterausschluss und Richterablehnung	30
	b) Insbesondere: Besorgnis der Befangenheit	30
	2. Weitere Organe der Justiz	31
II.	Die Parteien	31
	1. Formeller Parteibegriff	31
	2. Tod oder Erlöschen einer Partei	32
	3. Die Prozessbevollmächtigten	32
	4. Insbesondere: der Rechtsanwalt	32
	5. Insbesondere: nicht anwaltliche Rechtsdienstleistungen	33
III.	Weitere Beteiligte am Zivilprozess	33
§ 8	Die Prozesshandlungen des Gerichts und der Parteien	34
I.	Prozesshandlungen des Gerichts	34
II.	Prozesshandlungen der Parteien	34
	1. Vorliegen einer Parteiprozesshandlung	34
	2. Abgrenzung von Prozesshandlungen und Willenserklärungen	35
	a) Unterschiede zwischen Willenserklärungen und Prozesshandlungen	35

b) Doppeltatbestand	35
c) Doppelnatur	36
3. Einzelne Arten von Prozesshandlungen	36
a) Erwirkungshandlungen	36
b) Bewirkungshandlungen	36
c) Angriff und Verteidigung – Angriffs- und Verteidigungs- mittel	36
Teil 2 Die Darstellung des Rechtsgebietes im Einzelnen	37
§ 9 Die Klage	37
I. Die Klagearten	38
1. Leistungsklage	38
2. Feststellungsklage	38
a) Feststellungsfähiges Rechtsverhältnis, Urkunden	39
aa) Rechtsverhältnis	39
bb) Tatsachen	40
cc) Urkunden	40
b) Feststellungsinteresse	40
aa) Vorrang der Leistungsklage	40
bb) Feststellungsinteresse trotz möglicher Leistungs- klage	41
(a) Unbezifferter Schadensersatzanspruch	41
(b) Feststellung des Schuldgrundes	41
(c) Erledigung des Rechtsstreits schon durch ein Feststellungsurteil	41
(d) Fortsetzungsfeststellungsklage	42
cc) Feststellungsinteresse bei der negativen Feststel- lungsklage	42
3. Gestaltungsklage	42
II. Besondere Typen bei einzelnen Klagearten	43
1. Zwischenfeststellungsklage	43
2. Teilklage	43
3. Klage auf zukünftige Leistung	44
4. Abänderungsklage	44
5. Stufenklage	45
6. Widerklage	45
III. Die Klageerhebung	46
1. Anforderungen an die wirksame Klageerhebung	46
a) Inhalt der Klageschrift	46
aa) Pflichtinhalt: Parteien, Gericht, Streitgegenstand	46
bb) Insbesondere: Bestimmung des Streitgegenstands . .	46
cc) Unterschrift	47
dd) Soll-Inhalt	47
ee) Kann-Inhalt	47
b) Einreichung der Klageschrift	47

c) Zustellung der Klageschrift	47
2. Wirkungen der Klageerhebung	48
a) Einwand der Rechtshängigkeit, § 261 Abs. 3 Nr. 1	48
b) Fortdauer der Zuständigkeit, § 261 Abs. 3 Nr. 2	48
c) Einschränkung der Klageänderung, §§ 263, 264	49
d) Materiell-rechtliche Wirkungen der Rechtshängigkeit	49
IV. Der Streitgegenstand	50
1. Der Begriff des Streitgegenstands und des prozessualen Anspruchs	50
2. Der zweigliedrige Streitgegenstandsbegriff	50
3. Eingliedriger prozessualer Streitgegenstandsbegriff und Stellungnahme	51
4. Abgrenzungsprobleme	51
5. Relevanz des Streitgegenstands	54
V. Die objektive Klagehäufung	55
1. Voraussetzungen der objektiven Klagehäufung, § 260	55
2. Alternative, eventuale, kumulative objektive Klagehäufung; insbesondere Haupt- und Hilfsantrag	55
3. Wirkung der Klagehäufung	56
VI. Die Klageänderung	56
1. Vorliegen einer Klageänderung	56
2. Zulässigkeit der Klageänderung	57
a) Kraft Gesetzes zulässige Klageänderungen	57
aa) Erweiterungen und Beschränkungen des Klageantrags, § 264 Nr. 2	58
bb) Umstellung des Klageantrags auf einen Ersatzgegenstand oder Schadensersatz, § 264 Nr. 3	58
b) Einwilligung des Beklagten, § 263	59
c) Sachdienlichkeit, § 263	59
3. Wirkungen der Klageänderung	59
VII. Die Parteiänderung	60
1. Gesetzliche Parteiänderung	60
2. Gewillkürte Parteiänderung	60
a) Klagerücknahme- und Klageänderungstheorie, Rechtsinstitut <i>sui generis</i>	60
b) Differenzierte Betrachtungsweise	61
aa) Wechsel auf Beklagtenseite	61
bb) Wechsel auf Klägerseite	61
cc) Unzulässigkeit eines bedingten Parteiwechsels	61
§ 10 Die Sachentscheidungsvoraussetzungen	62
I. Zulässigkeit und Begründetheit einer Klage	62
II. Zum Begriff und zur Strukturierung der Sachentscheidungsvoraussetzungen	63
III. Ordnungsgemäße Klageerhebung	63
IV. Gerichtsbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen	64
1. Deutsche Gerichtsbarkeit	64

a) Territorial	64
b) Personell.	65
2. Die Rechtswegzuständigkeit – Der Rechtsweg zu den Zivilgerichten	65
a) Bürgerlich-rechtliche Streitigkeit	65
b) Abgrenzung zu den öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten	66
c) Abgrenzung der Zivilgerichtsbarkeit von der Arbeitsgerichtsbarkeit	67
3. Die internationale Zuständigkeit	68
a) Internationale Zuständigkeit nach dem Recht der Europäischen Union.	68
b) Internationale Zuständigkeit im Verhältnis zu Drittstaaten	68
c) Deutsche Gerichtsbarkeit und internationale Zuständigkeit	68
4. Die sachliche Zuständigkeit	68
a) Vor das Amtsgericht gehören	69
b) Vor das Landgericht gehören	69
c) Verweisung, rügelose Einlassung und Prozessurteil bei sachlicher Unzuständigkeit.	69
5. Die örtliche Zuständigkeit	70
a) Allgemeiner Gerichtsstand	70
b) Besondere (nicht ausschließliche) Gerichtsstände	71
aa) Gerichtsstand des Erfüllungsorts	71
bb) Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	72
cc) Gerichtsstand der Widerklage	73
c) Ausschließliche Gerichtsstände.	74
aa) Rechtsfolgen einer ausschließlichen Zuständigkeit. .	74
bb) Wichtige ausschließliche Gerichtsstände	74
d) Gerichtsstandsvereinbarung	75
e) Rügelose Einlassung	76
f) Verweisung bei örtlicher Unzuständigkeit	76
6. Die funktionelle Zuständigkeit.	77
a) Abgrenzung der Aufgabenbereiche von Richter und Rechtspfleger sowie Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	77
b) Abgrenzung innerhalb der Instanzen im zivilprozessualen Erkenntnisverfahren.	77
c) Abgrenzung der Aufgaben bei Kollegialspruchkörpern .	78
d) Abgrenzung zum Verfahren in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.	78
e) Folgen von Verstößen gegen Regelungen zur funktionellen Zuständigkeit	78
V. Parteabezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen	79
1. Parteifähigkeit.	79
a) Rechtsfähige Personen.	79
b) Parteifähigkeit kraft gesetzlicher Anordnung.	79

c) Rechts- und Parteifähigkeit kraft richterlicher Rechtsfortbildung	80
2. Prozessfähigkeit und gesetzliche Vertretung	80
3. Prozessführungsbefugnis	81
a) Prozessführungsbefugnis des Rechtsinhabers bzw. Rechtsverpflichteten	82
b) Prozessstandschaft	82
aa) Gesetzliche Prozesstandschaft	82
bb) Gewillkürte Prozesstandschaft	83
4. Postulationsfähigkeit	84
VI. Streitgegenstandsbezogene Sachentscheidungsvoraussetzungen	84
1. Keine anderweitige Rechtshängigkeit	84
2. Keine entgegenstehende Rechtskraft	85
3. Rechtsschutzbedürfnis	85
4. Klagbarkeit des Anspruchs	85
VII. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen für bestimmte Verfahren	86
1. Klage auf künftige Leistung	86
2. Widerklage	86
3. Abänderungsklage	86
4. Urkundenprozess	86
5. Nichtigkeits- und Restitutionsklage	87
6. Obligatorische vorgerichtliche Streitschlichtung	87
VIII. Sachentscheidungshindernisse	88
1. Einrede der Schiedsvereinbarung	88
2. Einrede mangelnder Prozesskostensicherheit	88
3. Mangelnde Kostenerstattung bei der Klagerücknahme	88
§ 11 Die Reaktion des Beklagten auf die Klage	88
I. Untätigkeit und Versäumnisurteil	90
II. Geständnis und Nichtbestreiten	90
III. Anerkenntnis	91
IV. Verteidigung durch Antrag auf Klageabweisung	91
1. Einwendungen gegen die Zulässigkeit	91
2. Einwendungen gegen die Begründetheit	92
a) Rechtsausführungen	92
b) Bestreiten der anspruchsbegründenden Tatsachen durch den Beklagten	92
c) Verteidigung durch Einreden i. S. d. ZPO	92
aa) Einwendung/Einrede i. S. d. ZPO und Einwendung/ Einrede i. S. d. BGB	93
bb) Besonderheiten bei der Prozessaufrechnung	94
(a) Aufrechnung als Doppeltatbestand	94
(b) Hilfsaufrechnung	94
(c) Keine Rechtshängigkeit der Aufrechnungsforderung	95
V. Gegenangriff durch Erhebung einer Widerklage	96

§ 12 Die mündliche Verhandlung	97
I. Mündliche Verhandlung und Prozessleitung durch das Gericht	97
1. Die mündliche Verhandlung als Grundlage der gerichtlichen Entscheidung	97
2. Formelle und materielle Prozessleitung	97
3. Originärer und obligatorischer Einzelrichter	98
a) Originärer Einzelrichter	98
b) Obligatorischer Einzelrichter	98
II. Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	99
1. Termine und Ladungen	99
2. Früher erster Termin oder schriftliches Vorverfahren	99
3. Vorbereitung eines jeden Termins	99
III. Die gerichtliche Güteverhandlung	100
IV. Gerichtsverfahren und alternative Konfliktlösung	100
V. Die Durchführung der mündlichen Verhandlung	101
1. Ablauf der mündlichen Verhandlung	101
2. Formelle Prozessleitung in der mündlichen Verhandlung	101
3. Materielle Prozessleitung in der mündlichen Verhandlung	102
4. Sitzungsprotokoll	103
§ 13 Die Beweisaufnahme	103
I. Die Grundlagen der Beweiserhebung	104
1. Voraussetzungen für eine Beweisaufnahme	104
a) Schlüssigkeit, Erheblichkeit, Beweisbedürftigkeit	104
b) Beweisantritt oder Beweisaufnahme von Amts wegen . .	105
c) Kein Ermessen des Gerichts	105
2. Ablauf einer Beweiserhebung	105
3. Richterliche Beweiswürdigung und Maß der richterlichen Überzeugung	107
4. Abgrenzung: Freibeweis, Strengbeweis, Glaubhaftmachung	107
5. Abgrenzung: Indizien, Vermutungen und Anscheinsbeweis	108
a) Indizienbeweis	108
b) Anscheinsbeweis	109
c) Gesetzliche Vermutungen	109
6. Abgrenzung: Hauptbeweis, Gegenbeweis, Beweis des Gegenteils	110
7. Abgrenzung: Beweisvereitelung und Beweisverbote	111
II. Die Beweismittel des Strengbeweises	111
1. Der Beweis durch Augenschein	111
2. Der Zeugenbeweis	113
3. Der Beweis durch Sachverständige	114
4. Der Beweis durch Urkunden	115
5. Der Beweis durch Parteivernehmung	116
III. Das selbstständige Beweisverfahren	117

§ 14	Streitgenossenschaft, Beteiligung Dritter und Prozessführung durch Dritte im Zivilprozess	118
I.	Die Streitgenossenschaft	119
1.	Die einfache Streitgenossenschaft	119
a)	Zulässigkeit der einfachen Streitgenossenschaft, §§ 59, 60	119
b)	Wirkungen der zulässigen einfachen Streitgenossenschaft, §§ 61, 63	121
2.	Die notwendige Streitgenossenschaft	122
a)	Notwendigkeit der Streitgenossenschaft	122
aa)	Notwendige Streitgenossenschaft aus prozessrechtlichen Gründen, § 62 Abs. 1 Alt. 1	122
bb)	Notwendige Streitgenossenschaft aus materiell-rechtlichen Gründen, § 62 Abs. 1 Alt. 2	123
b)	Wirkungen der notwendigen Streitgenossenschaft	125
aa)	Gemeinschaftliche Klageerhebung	125
bb)	Folge des Fehlens von Sachentscheidungsvoraussetzungen	126
cc)	Vertretung bei Säumnis	126
dd)	Gebot einheitlicher Entscheidung	126
ee)	Rechtsmittel	126
II.	Die Nebenintervention	126
1.	Die Stellung des einfachen Nebeninterventen	126
2.	Zulässigkeit der Nebenintervention	127
3.	Interventionswirkung	128
4.	Streitgenössische Nebenintervention	129
III.	Die Streitverkündung	129
1.	Zulässigkeit der Streitverkündung	130
2.	Form der Streitverkündung	131
3.	Wirkungen der Streitverkündung	131
a)	Der Dritte tritt bei	131
b)	Der Dritte tritt nicht bei	132
c)	Materiell-rechtliche Folgen der Streitverkündung	132
IV.	Veräußerung des in Streit befangenen Gegenstandes	133
1.	Veräußerung des in Streit befangenen Gegenstandes	133
2.	Rechtsfolgen der Veräußerung	134
a)	Gesetzliche Prozessstandschaft	134
b)	Rechtskraftwirkung gegenüber dem Rechtsnachfolger	135
c)	Umstellung des Klageantrags	135
V.	Kollektiver Rechtsschutz im Zivilprozess	136
1.	Bündelung von Individualansprüchen durch Verbände	137
2.	Vorteilsabschöpfung durch Verbände bei Kartell- und Wettbewerbsverstößen	138
3.	Unterlassungsklagen von Verbänden	138
4.	Muster-, Sammel- und Gruppenklagen	138
5.	Ausblick	139

§ 15 Das Endurteil	140
I. Der Inhalt des Urteils	141
II. Teilbeendigung des Rechtstreits durch Zwischenurteil, Grundurteil, Vorbehaltsurteil oder Teilurteil	142
1. Das Zwischenurteil	142
2. Das Zwischenurteil über den Grund (Grundurteil)	142
3. Das Teilurteil	143
4. Das Vorbehaltsurteil	143
III. Das Versäumnisurteil	144
1. Das Versäumnisurteil gegen den Kläger, § 330	144
a) Säumnis trotz ordnungsgemäßer Ladung	144
b) Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils	144
c) Echtes und unechtes Versäumnisurteil	144
d) Einspruch gegen das Versäumnisurteil	145
2. Das Versäumnisurteil gegen den Beklagten, § 331	145
a) Säumnis, Antrag, Schlüssigkeit der Klage	145
b) Echtes und unechtes Versäumnisurteil	146
c) Einspruch, Einspruchstermin und zweites Versäumnisurteil	146
3. Säumnis beider Parteien	146
4. Das Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren, § 331 Abs. 3	146
IV. Das Anerkenntnisurteil	147
V. Das Verzichtsurteil	148
§ 16 Die Beendigung des Verfahrens ohne Urteil	148
I. Die Klagerücknahme	149
1. Voraussetzungen der Klagerücknahme	150
a) Vor Beginn der mündlichen Verhandlung oder mit Einwilligung	150
b) Zwischen Anhängigkeit und Rechtskraft	150
c) Voraussetzungen der anteiligen Klagerücknahme	150
d) Vereinbarungen über die Klagerücknahme	150
2. Rechtsfolgen der Klagerücknahme	151
a) Wegfall der Rechtshängigkeit, § 269 Abs. 3	151
b) Kostentragung und Entscheidung über die Kosten durch Beschluss	151
aa) Kostentragung durch den Kläger	151
bb) Wegfall des Klageanlasses vor Rechtshängigkeit	151
cc) Weitere Ausnahmen von der alleinigen Kostentragung durch den Kläger	152
c) Neue Erhebung derselben Klage, § 269 Abs. 6	152
3. Rücknahme sonstiger Anträge	152
II. Die Erledigung der Hauptsache	153
1. Die übereinstimmende Erledigungserklärung	153
2. Die einseitige Erledigungserklärung	154
3. Die Erledigung vor Rechtshängigkeit	155

III.	Der Prozessvergleich	156
1.	Die Doppelnatur des Prozessvergleichs	156
2.	Voraussetzungen eines wirksamen Prozessvergleichs.	156
a)	Prozessuale Voraussetzungen	156
aa)	Prozesshandlungsvoraussetzungen der Parteien	156
bb)	Vor einem Gericht, im Rahmen eines anhängigen Rechtsstreits und gerichtlich protokolliert.	156
cc)	Im Wege gegenseitigen Nachgebens zur Beilegung dieses Rechtsstreits	157
dd)	Fehlen prozessualer Voraussetzungen des Prozessvergleichs	157
b)	Materiell-rechtliche Voraussetzungen	158
aa)	Willenserklärung	158
bb)	Fehlen materiell-rechtlicher Voraussetzungen des Prozessvergleichs	158
c)	Kein Widerruf.	158
3.	Wirkungen des Prozessvergleichs und mögliche Rechtsstreitigkeiten um den Prozessvergleich	159
§ 17	Die Rechtsmittel	160
I.	Suspensiv- und Devolutiveffekt	162
II.	Zulässigkeit und Begründetheit eines Rechtsmittels.	162
III.	Die Beschwer	162
IV.	Die Rechtsbehelfsbelehrung	163
V.	Der Grundsatz der Meistbegünstigung	164
VI.	Verschlechterungsverbot – Verbot der reformatio in peius	164
VII.	Anschlussrechtsmittel	165
VIII.	Rechtsmittelverzicht und Rechtsmittelrücknahme	165
IX.	Die Berufung	165
1.	Zulässigkeit der Berufung	165
a)	Statthaftigkeit	165
aa)	Berufungsfähige Urteile	166
bb)	Streitwertberufung	166
cc)	Zulassungsberufung	166
b)	Form- und fristgerechte Einreichung der Berufungsschrift und der Berufungsbegründung	167
c)	Beschwer	168
2.	Begründetheit und Entscheidung über die Berufung	168
X.	Die Revision	170
1.	Zulässigkeit der Revision	170
a)	Statthaftigkeit	170
aa)	Revisionsfähige Urteile	170
bb)	Revision wegen Zulassung durch das Berufungsgericht	170
cc)	Nichtzulassungsbeschwerde	170
b)	Form- und fristgerechte Einreichung der Revisionsschrift und Revisionsbegründung	171

	c) Beschwer	171
	2. Begründetheit und Entscheidung über die Revision	171
	3. Sprungrevision	173
XI.	Die Beschwerde.	173
	1. Sofortige Beschwerde.	174
	a) Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde.	174
	aa) Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	174
	bb) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	174
	b) Begründetheit und Entscheidung über die sofortige Beschwerde.	174
	2. Rechtsbeschwerde	175
	a) Zulässigkeit der Rechtsbeschwerde.	175
	aa) Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	175
	bb) Weitere Zulässigkeitsvoraussetzungen	175
	b) Begründetheit und Entscheidung über die Rechtsbeschwerde.	175
	3. Außerordentliche Beschwerde	176
§ 18	Die Rechtskraft	176
I.	Rechtskraftfähige Entscheidungen	177
II.	Die Wirkungen der Rechtskraft	177
	1. Die formelle Rechtskraft	177
	2. Die materielle Rechtskraft	177
	a) Die Art der Wirkungen der materiellen Rechtskraft.	177
	aa) Unzulässigkeit einer weiteren Klage mit demselben Streitgegenstand (ne bis in idem)	177
	bb) Bindung im Hinblick auf Vorfragen eines weiteren Prozesses – Präjudizialität	178
	b) Der Umfang der Rechtskraft in objektiver Hinsicht.	179
	aa) Rechtskraft, Urteilsformel und Streitgegenstand	179
	bb) Einwendungen des Beklagten und Besonderheiten bei der Prozessaufrechnung	180
	cc) Präjudizielle Rechtsverhältnisse und die Zwischenfeststellungsklage.	181
	dd) Rechtskraft bei Teilklagen	182
	ee) Rechtskraft bei Klageabweisung als „derzeit unbedründet“	183
	c) Der Umfang der Rechtskraft in subjektiver Hinsicht	183
	aa) Zwischen den Parteien	183
	bb) Für und gegen die Rechtsnachfolger der Parteien und Gutgläubigkeit des Rechtsnachfolgers	183
	cc) Für und gegen Personen, die den Besitz an der in Streit befangenen Sache erlangt haben	185
	dd) Für und gegen Nacherben	185
	ee) Rechtskraft bei Prozessstandschaft insbes. Testamentsvollstreckung	185

ff) Rechtskrafterstreckung kraft materieller Abhängigkeit	185
d) Der Umfang der Rechtskraft in zeitlicher Hinsicht und die Vollstreckungsgegenklage	186
III. Möglichkeiten der Durchbrechung der Rechtskraft	187
1. Abänderungsklage	187
2. Wiederaufnahme des Verfahrens	187
3. Klage aus § 826 BGB	188
§ 19 Besondere Verfahrensarten	188
I. Das Verfahren vor den Amtsgerichten	188
II. Das Mahnverfahren	189
1. Voraussetzungen für den Erlass eines Mahnbescheids	190
a) Zulässigkeit des Mahnverfahrens	190
b) Antrag auf Erlass eines Mahnbescheids	190
c) Zuständiges Gericht	191
d) Keine Schlüssigkeitsprüfung	191
2. Erlass des Mahnbescheids oder Zurückweisung des Antrags	191
3. Widerspruch und Übergang in das streitige Verfahren	192
4. Erlass des Vollstreckungsbescheids	193
5. Einspruch und Übergang in das streitige Verfahren	193
III. Der Urkundenprozess	194
1. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen des Urkundenprozesses	194
2. Besonderheiten des Verfahrens im Urkundenprozess	195
3. Vorbehalturteil	195
4. Nachverfahren	196
IV. Das Verfahren in Familiensachen	196
1. Allgemeine Regelungen	197
2. Einzelne Familiensachen und Sonderregelungen	197
V. Das schiedsrichterliche Verfahren	198
1. Vor- und Nachteile eines Schiedsverfahrens und im Schiedsverfahren anwendbares Recht	198
2. Berührungspunkte zwischen Schiedsverfahren und staatlicher Gerichtsbarkeit	199
a) Schiedsvereinbarung und Überprüfung durch staatliche Gerichte	199
b) Schiedsrichterliches Verfahren und zwingende Regeln der ZPO	200
c) Schiedsspruch und Vollstreckbarerklärung	200
§ 20 Prozesskosten und das Verfahren der Prozesskostenhilfe	201
I. Die Prozesskosten	201
1. Die Gerichtskosten	201
2. Die Anwaltsvergütung	202
3. Die Aufwendungen der Partei	202

II.	Die Kostentragung und die Kostenverteilung zwischen den Parteien	202
III.	Das Verfahren der Prozesskostenhilfe	203
Teil 3	Prozessuale Zusatzfragen und Lösungen	205
Teil 4	Prüfungsschemata	228
A.	Zulässigkeit der Klage	228
B.	Klageänderung (= Änderung des Streitgegenstands)	229
C.	Versäumnisurteil (VU) gegen den Beklagten, § 331 ZPO	230
D.	Versäumnisurteil gegen den Kläger, § 330 ZPO	230
E.	Übereinstimmende Erledigungserklärung, § 91a ZPO	231
F.	Einseitige Erledigungserklärung des Klägers (= Klageänderung auf Feststellung des Vorliegens eines erledigenden Ereignisses)	231
G.	Prozessvergleich	231
H.	Prozessaufrechnung	232
I.	Klagerücknahme	232
J.	Streitverkündung	232
K.	Einfache Streitgenossenschaft (= mehrere Personen auf Kläger- oder Beklagtenseite/subjektive Klagehäufung)	233
L.	Notwendige Streitgenossenschaft (= zwingende gemeinschaftliche Klageerhebung mehrerer Parteien oder zwingende einheitliche Sachentscheidung über mehrere Klagen)	233
Teil 5	Definitionen	234
Stichwortverzeichnis	241